



Medienmitteilung

Bern, den 15. Juli 2027

SSES will Photovoltaik-Zubau wieder auf Zielkurs bringen

Der Ausbau der Photovoltaik (PV) verfehlt derzeit die Vorgaben des Stromgesetzes deutlich. Die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie (SSES) fordert im Rahmen der [Vernehmlassung zur Energieförderungsverordnung](#) (EnFV) eine Erhöhung der Einmalvergütungen sowie die Beseitigung struktureller Hemmnisse für den Zubau.

Um das gesetzliche Ziel von 35 GWp installierter PV-Leistung bis zum Jahr 2035 zu erreichen, ist ein jährlicher Zubau von durchschnittlich 2.8 GWp notwendig. Die aktuelle Marktentwicklung ist jedoch rückläufig: Nach 1.8 GWp im Jahr 2024 wurden 2025 nur noch 1.3 GWp realisiert. Der Rückstand zur Zielerreichung wächst mit jedem Jahr, wenn nicht rasch wieder Investitionssicherheit für PV-Betreibende geschaffen wird.

Forderung nach Sofortmassnahmen

«Wir müssen den Solar-Zubau wieder auf Zielkurs bringen», fordert Urs Scheuss, Geschäftsleiter der SSES. «Dazu braucht es jetzt Anpassungen, damit wir wieder verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen haben.» Die Einführung von Marktpreisen und niedrigen Minimalvergütungen hat sich als nicht zielführend erwiesen. Das sieht inzwischen offenbar auch der Bundesrat so, der die Revision damit begründet, dass er die «Verunsicherung im privaten Sektor des PV-Zubaus» «teilweise kompensieren» möchte. Allerdings sind die Vorschläge des Bundesrats völlig ungenügend.

Als Sofortmassnahme zur Stabilisierung verlangt die SSES im Einklang mit dem Fachverband VESE eine Erhöhung der Einmalvergütungen gegenüber dem bundesrätlichen Entwurf. Diese Massnahme ist besonders wichtig für Anlagen mit wenig oder ohne Eigenverbrauch, damit alle geeigneten Potenziale auch wirklich ausgeschöpft werden. Zudem fordert die SSES Anpassungen, damit bestehende Grossanlagen nachträglich in Volleinspeisungs- und Eigenverbrauchsanlagen aufgeteilt werden können, die Messkosten durch Obergrenzen begrenzt werden und höhere Kosten für notwendige Anschlussverstärkungen anrechenbar sind.

Solarbremsen lösen!

Über rein finanzielle Anreize hinaus identifiziert die SSES strukturelle, regulatorische und kommunikative Solarbremsen: Komplexe Regulierungen und Bürokratie, widersprüchliche politische Botschaften und volatile Spotmarkt-Tarife verunsichern Private und KMU, die mit ihren Anlagen zur Energiewende beitragen, nachhaltig.

Um den Solarausbau im Inland wieder zu beleben, fordert die SSES von der Politik:

1. Planungssicherheit: Die Grundlagen der Förderung und der Amortisation müssen über mehrere Jahre hinweg stabil bleiben, anstatt sich ständig zu verändern.
2. Rechtssicherheit: Wer eine PV-Anlage betreibt, muss darauf vertrauen können, dass die rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen während der Dauer der Amortisation der Anlage verlässlich bleiben.
3. Investitionssicherheit: Das System muss so vereinfacht werden, dass auf einer A4-Seite für Laien verständlich erklärbar ist, wie sich eine Anlage amortisiert.

Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie
Société Suisse pour l'Energie Solaire
Società Svizzera per l'Energia Solare
Societad Svizra per l'Energia Solara



Medienkontakt SSES:

Urs Scheuss, Geschäftsleiter SSES, 078 795 91 83, urs.scheuss@sSES.ch

Über die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie SSES:

In Reaktion auf die Energiekrise von 1973 wurde die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie SSES am 11. Juni 1974 als privatrechtlicher Verein in Bern gegründet. Die SSES zählt rund 4500 Mitglieder und ist in 11 Regional- und Fachgruppen gesamtschweizerisch als Konsumentenorganisation im Bereich Solarenergie tätig. Die SSES ist Mitglied der Klima-Allianz und setzt sich für eine Schweiz 100% erneuerbar ein. Ihre Projekte umfassen Öffentlichkeits- und Informationsarbeiten, aber auch die Teilnahme am politischen Gestaltungsprozess und Projekte zur Förderung des Ausbaus der Solarenergie. www.sSES.ch